

Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?

„Auf kommunaler Ebene fordern wir eine bessere Finanzierung der sozialen Arbeit durch die Stadt Bochum und bessere Personalschlüssel ein. Gesellschaftliche Anerkennung drückt sich auch in der Schaffung guter Arbeitsbedingungen ohne Überlastungssituationen und in fairen Löhnen aus. Außerdem soll die Beschäftigung grundsätzlich unbefristet sein. In diesen Bereichen muss die Stadt Bochum Vorreiterin und Vorbild werden.

Statt Dumping-Wettbewerben durch europaweite Ausschreibungen von Leistungen wollen wir, dass die Stadt zum einen möglichst viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter selbst beschäftigt. Dafür fordern wir einen Personalaufbau- und Entwicklungsplan, mit dem die überlasteten Bereiche dauerhaft mehr Personal gestärkt werden. Der Bochumer Rat soll die Erstellung eines Konzeptes sofort nach der Wahl in Auftrag geben. Darüber hinaus leisten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den freien Trägern unverzichtbare Arbeit. Die Stadt Bochum die Zusammenarbeit mit den erfahrenen lokalen und regionalen gemeinwohlorientierten Trägern weiter ausbauen und sie auskömmlich finanzieren, damit sie die ihnen übertragenen Aufgaben gut erfüllen können.

In der aktuellen Tarifrunde im öffentlichen Dienst fordern wir ausdrücklich eine Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Bochum muss seine starke Rolle in der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) nutzen und sich dafür einsetzen, dass die VKA zeitnah ein faires Angebot vorlegt. Statt weiter einer Kürzungspolitik das Wort zu reden oder die verheerende Nullrunden-Forderung mitzutragen, müssen sich Bochums Oberbürgermeister und sein Verwaltungsvorstand für eine angemessene Wertschätzung der Arbeit einsetzen, und für eine echte Reallohn-Erhöhung. Für uns ist klar: Bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne in Bochum sind systemrelevant.“

2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?

„Wenn es in bestimmten Bereichen einen Fachkräftemangel gibt, dann ist das zumeist vor allem das Ergebnis von zu schlechten, prekären Arbeitsbedingungen und zu geringen Löhnen in dem Bereich. Hier muss die Kommune einiges tun, siehe Antwort auf die Frage 1. Neben dieser zentralen Aufgabe, die im Zentrum unserer Politik steht, wollen wir außerdem die Studien- und Ausbildungsbedingungen verbessern und hier ebenfalls dafür sorgen, dass ein auskömmliches Leben möglich ist.“

3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Wir setzen uns dafür ein, dass Praktika und Ausbildungssemester bezahlt werden. Häufig übernehmen die angehenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bereits hier große Verantwortung und sind starken Belastungen ausgesetzt. Die Stadt Bochum muss unserer Meinung nach auch in diesem Bereich mit gutem Beispiel voran gehen und auskömmliche Vergütungen bezahlen. Bei den freien Trägern sollte die Stadt ebenfalls die Voraussetzungen dafür schaffen und gleichzeitig darauf drängen, dass Praktika und Ausbildungssemester angemessen bezahlt werden.“

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„Auf Initiative der Linksfraktion im Bochumer Rat ist die Stadt Bochum im Jahr 2016 der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) beigetreten. Das Ziel des Netzwerks ist es, sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung einzusetzen. Die Mitgliedsstädte haben sich zur Umsetzung eines Zehn-Punkte-Aktionsplans verpflichtet. Der Plan sieht konkrete Verbesserungen vor, zum Beispiel eine stärkere Unterstützung für die Opfer von Rassismus sowie die Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von struktureller Diskriminierung etwa bei der Vermittlung von Wohnraum. Während wir den von uns initiierten Beitritt Bochums zu dem Bündnis begrüßen, müssen wir leider feststellen, dass konkrete zusätzliche Maßnahmen zur Erfüllung der Selbstverpflichtung bisher kaum entwickelt und umgesetzt worden sind. Mit einer starken Fraktion im Bochumer Rat wollen wir dafür eintreten, dass sich das in der kommenden Wahlperiode ändert.

Mit der Mitgliedschaft hat die Stadt Bochum zugesagt, einen Zehn-Punkte-Aktionsplan zu erfüllen, Vorschläge für ergänzende Maßnahmen gegen strukturelle Diskriminierung zu entwickeln, und darüber alle zwei Jahre einen Bericht zu erstellen. Die Berichte sollen dann durch das wissenschaftliche Sekretariat der Städtekoalition geprüft und bewertet werden. Wie die Verwaltung auf unsere Anfrage bestätigt hat, kommt Bochum seiner Verpflichtung bisher nicht nach. So heißt es in der Antwort: „Da für die Betreuung der ECCAR-Mitgliedschaft kein eigenes Kontingent an Personalstunden zur Verfügung steht und der Bericht zusätzlich zum regulären Arbeitsaufkommen zu erstellen ist, ist damit zu rechnen, dass dieses umfangreiche Projekt mehrere Monate in Anspruch nehmen wird.“ Dem Bündnis zwar beitreten, aber den zuständigen Mitarbeiter*innen gar keine Arbeitszeit einräumen, um den Verpflichtungen überhaupt nachzukommen, das finden wir ziemlich daneben. Als LINKE wollen wir diesen organisatorischen Missstand schnellstmöglich beheben und die Rahmenbedingungen für einen angemessenen Umgang mit dem Thema zu schaffen.“

Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

Flüchtlingshilfe

5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„Das Leben in Sammelunterkünften bedeutet häufig: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Wir fordern ganz eindeutig die dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Sammelunterkünften als Regelfall. Wo das nicht möglich ist, müssen große Unterkünfte durch kleinere Einrichtungen ersetzt werden, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken. Sie müssen aus abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigener Küche und sanitären Einrichtungen bestehen und dürfen nicht überbelegt werden. Außerdem fordern wir, dass auch das dritte Gebäude der städtischen Unterkunft Wohlfahrtstraße zu abgeschlossenen Wohnungen umgebaut wird.

Wir wollen außerdem, dass keine Unterkunft mehr ohne ein vorliegendes gutes Schutzkonzept für besonders schutzbedürftige Menschen betrieben wird. Grundsätzlich sagen wir: Der Betrieb von Unterkünften ist unserer Meinung nach eine Aufgabe, die die Stadt selbst erfüllen sollte. Sie sollte lediglich Aufträge die Aufträge zum Beispiel für die sozialarbeiterische Betreuung an erfahrene und kompetente Träger vor Ort vergeben. Daher sprechen wir uns gegen die Komplettvergabe der Unterkünfte durch europaweite Ausschreibungen aus, die problematischen kommerziellen Anbietern wie zum Beispiel European Homecare Tür und Tor öffnen. Falls die Stadt dennoch solche Komplettvergaben durchführt, muss sie in jedem Fall gewährleisten, dass kein Anbieter ohne ein von Fachleuten überprüftes und für gut befundenes Schutzkonzept einen Zuschlag erhalten kann. Außerdem muss eine engmaschige Evaluierung und Überprüfung im Betrieb erfolgen, die gewährleistet, dass Theorie und Praxis auch übereinstimmen.

Seit der Veröffentlichung des Unterbringungs- und Betreuungskonzepts für Geflüchtete durch die Stadt Bochum im Jahr 2015 weisen wir immer wieder darauf hin, dass die Stadt ihre eigenen Standards der menschenwürdigen Unterbringung fortwährend nicht einhält. In den vergangenen fünf Jahren waren wir die einzige Stimme im Rat, die beständig eingefordert hat, dass sich das endlich ändert. Angesichts der geringen bis überhaupt nicht mehr vorhandenen Aufnahmezahlen können sich die Verantwortlichen unserer Meinung nach auch nicht mehr mit irgendwelchen Sachzwängen herausreden. Eine vollständige Umsetzung des Konzepts, das zumindest kleinere Sammelunterkünfte mit maximal 80 Bewohner*innen sowie einen besseren Betreuungsschlüssel vorsieht, wäre möglich. Die Wahrheit ist leider: Angesichts der Blockade von SPD und Grünen in dieser Frage gibt es dafür aktuell keine Mehrheit in den Gremien. Als LINKE treten wir zur Kommunalwahl an, um die Mehrheitsverhältnisse in solchen Fragen hin zu einer sozialen und solidarischen Politik zu verschieben. In unserem Kommunalwahlprogramm fordern wir nicht nur die verbindliche Einhaltung der 2015 festgelegten Standards, sondern auch: „Mittelfristig müssen die Standards der Unterkunft auf das Niveau angehoben werden, das

auch für alle anderen Bochumerinnen und Bochumer gegenüber dem Jobcenter und den Sozialbehörden gilt.“ (Kommunalwahlprogramm der Bochumer LINKEN 2020-2025, S. 61)“

Häusliche Gewalt

6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„DIE LINKE fordert auf Bundes- und Landesebene eine vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention. Wir brauchen staatliche Koordinierungsstellen, ein unabhängiges Monitoring, regelmäßige Datenerhebung und den umfassenden Ausbau sowie die bedarfsgerechte Finanzierung des Hilfesystems. Alle Frauen, die Gewalt erleben, müssen Schutz und Hilfe erhalten. Daher fordern wir auch die Rücknahme des Vorbehalts von Artikel 59 der Istanbul-Konvention, damit Migrantinnen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten können. (Siehe Antrag der Linksfraktion im Bundestag: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/143/1914380.pdf>)

Bei uns in der Stadt wollen wir das Bochumer Netzwerk gegen häusliche Gewalt stärken, um die verschiedenen Akteurinnen und Akteure weiter miteinander zu vernetzen und mehr Öffentlichkeit herzustellen. Die in diesem Bereich aktiven Beratungsstellen leiden jedoch besonders unter Personalmangel und fehlenden Sachmitteln. Insbesondere wollen wir Angebote für Mädchen und junge Frauen ausbauen.

Ein weiteres Problem ist, dass das Frauenhaus Bochum fallbezogen über Tagessätze finanziert wird. Frauen, die über kein ausreichendes Einkommen verfügen, um die Tagessätze zu bezahlen, müssen für den Aufenthalt Sozialleistungen beantragen – auch wenn sie für den eigenen Lebensunterhalt sonst keine Sozialleistungen bräuchten. Deswegen fordern wir unter anderem den Erhalt und Ausbau des Bochumer Frauenhauses: Umstellung der Finanzierung von einem Tagessatz-Modell auf eine auskömmliche Pauschalfinanzierung durch die Stadt. Die Stadt Bochum soll sich außerdem an dem dringend notwendigen Neubau finanziell beteiligen.“

Kinder- und Jugendhilfe

7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Wir wollen die Präventionsketten aus- und aufbauen – mit gut geschultem Personal in Kitas, Schulen und möglichst vielen anderen Einrichtungen. Insbesondere fordern wir die Aufstockung des Personals im Sozialen Dienst des Jugendamtes. Dabei ist es wichtig, dass es eine strukturelle Verzahnung der Jugendhilfe mit den Bildungs- und Sozialeinrichtungen und auch der der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt. Wir wollen darüber hinaus den Erhalt und Ausbau von Streetwork, von Angeboten mobiler Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit gewährleisten. Konkrete Präventionsprogramme und Kurse zur Stärkung des Selbstbewusstseins von Kindern und Jugendlichen, aber auch Programme zur Stärkung von Medienkompetenz in Bezug auf das Internet und das Verhalten in den sozialen Medien müssen außerdem stärker gefördert werden.“

Soziale Arbeit im Krankenhaus

8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?

„Grundsätzlich wenden wir uns als LINKE gegen die fortschreitende Privatisierung des Gesundheitssektors. Gesundheit darf keine Ware sein, sondern ist als staatliche und kommunale Daseinsvorsorge zu garantieren. Wir setzen uns daher ein für kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle, die sie benötigen. Notwendig ist außerdem eine Verbesserung im Bereich der Palliativmedizin. Die Bettenzahl ist entsprechend dem tatsächlichen Bedarf zu erhöhen. Die Liste der Mängel im Gesundheitssystem ist sehr lang. Auf kommunaler Ebene werden wir alle Mittel nutzen, die Auswirkungen der politischen Fehlentscheidungen auf den anderen politischen Ebenen abzumildern. Wir wollen, dass alle Stadtteile mit ausreichend Haus- und Fachärzt*innen sowie Psychologinnen und Psychologen versorgt sind. Psychosoziale Gesundheitsangebote für besonders gefährdete Gruppen müssen dringend ausgebaut und besser unterstützt werden.“

9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Der Grundsatz der informierten Patient*innenentscheidung muss ohne Wenn und Aber gelten. Dafür ist notwendig, dass Ärztinnen und Ärzte sowie das Pflegepersonal ausreichend Zeit für Gespräche und Aufklärung über Optionen haben. Durch Kürzungen im Gesundheitsbereich und die Ausrichtung angebliche Rentabilität fehlen häufig Zeit und Personal, um eine gemeinsame Beratung von Patient*in und Arzt/Ärztin in dem Umfang umzusetzen, wie es notwendig ist. Das muss sich durch eine bessere und anders organisierte Finanzierung und bessere Personalschlüssel ändern.“

Schulsozialarbeit

10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?

„Die Schulsozialarbeit muss dringend als feste Aufgabe der Schulen mit einem ausreichenden Schlüssel zur Schüler*innenzahl ins NRW-Schulgesetz und außerdem ins SGB VIII aufgenommen werden. So wollen die aktuell prekäre befristete Finanzierung in eine dauerhaft abgesicherte Form überführen.“

11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„Auf Landesebene hat DIE LINKE vorgeschlagen, dass die Dienstaufsicht bei den Schulleitungen und die Fachaufsicht bei den Jugendämtern liegen soll – damit die Sozialpädagog*innen von der Schulleitung unabhängige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sein können. Auf jeden Fall wollen wir dafür sorgen, dass die Sozialpädagoginnen und -pädagogen feste und gleichberechtigte Größen in einem Kollegium werden. Sie sollen unter den Bedingungen der Tarifbindung (TV-L) und Personalvertretung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz arbeiten.“

Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„Unser Ziel ist es, die Wohnungslosenhilfe nicht nur massiv ausbauen, sondern auch umstrukturieren. Wir wollen ‚Housing-First‘-Programme als soziale Alternative zum herkömmlichen System von Notunterkünften und vorübergehender Unterbringung stärken und zum Normalfall machen. Bisher müssen Wohnungslose durch das Leben in verschiedenen Unterbringungsformen ihre „Wohnfähigkeit“ nachweisen und sich so für eine eigene Wohnung qualifizieren. Dabei fallen viele durchs Raster, und der stabilisierende Faktor einer eigenen Wohnung wird viel zu vielen Menschen verwehrt. Wir wollen, dass Betroffene auch in Bochum direkt in eine eigene Wohnung ziehen dürfen, ohne einschränkende Vorbedingungen. Die Stadt Bochum soll die notwendigen Wohnungen zur Verfügung stellen die Unterstützungsleistungen der sozialen Arbeit in der eigenen Wohnung massiv ausbauen und kontinuierlich und für die unterschiedlichen Bedarfe und Problemlagen anbieten.

Neben einem Ausbau der sozialen Angebote und der Wohnungslosenhilfe ist uns ein zentrales Anliegen, die Ursachen der aktuell massiv steigenden Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Einer der wichtigen Ursachen ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in unserer Stadt 25.000 Wohnungen, die sich Menschen mit geringem Einkommen leisten können. Um den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Mietpreisniveau zu stabilisieren, schlägt die Bochumer LINKE folgende kommunale Maßnahmen vor:

- Eindeutige Priorität für kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau gegenüber profitorientierten Projekten.
- Wir wollen die mehrheitlich städtische Wohnungsgesellschaft VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umbauen. Aktuell verpflichten SPD, CDU und Grüne die VBW dazu, Millionengewinne zu machen und an die Stadt abzuführen. Das wollen wir ändern.
- Bis der Umbau der VBW zum gemeinwohlorientierten Unternehmen abgeschlossen ist, wollen wir einen Mietendeckel bei der VBW einführen. Neuvermietungen dürfen keinesfalls zu Preisen oberhalb des Mietspiegels erfolgen.
- Bei allen kommunalen Förderprogrammen muss festgeschrieben werden, dass nur Maßnahmen förderfähig sind, durch die sich die Warmmiete nicht erhöht.

Wahlprüfsteine anlässlich der NRW Kommunalwahlen 2020
- Antworten DIE LINKE Bochum -

- Mit einer Wohnraumschutzsatzung wollen wir längerfristige Wohnungsleerstände, Umnutzungen und Abrisse genehmigungspflichtig machen.
- Wir wollen die Quoten für öffentlich geförderten und mietpreisgebundenen Wohnraum deutlich erhöhen. Sie müssen verbindlich für alle Bauprojekte gelten.
- Um bestehende Räume besser zu nutzen, wollen wir ein Leerstands-Kataster und ein Baulücken-Kataster erstellen lassen. Bei Leerständen sollen die Vermieter*innen aktiv angesprochen werden.
- Wir wollen Bochums Kungelei mit der Immobilienwirtschaft beenden. Der in Bochum ansässige Vonovia-Konzern ist der größte Mietpreistreiber der Republik. Trotzdem genießt er im Rathaus eine privilegierte Sonderbehandlung. Wir wollen stattdessen eine Stadtverwaltung, die sich an die Seite der Mieterinnen und Mieter stellt.“